

Aufruf
Krieg ist die falsche Antwort auf Terror
Wir sagen Nein zur Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am
Krieg in Afghanistan und anderswo
(17.11.2001)

Der Bundestag hat am 16. November 2001 auf Initiative der Bundesregierung beschlossen, 3900 Soldaten für einen Kriegseinsatz in Afghanistan und weit darüber hinaus bereitzustellen, und die Bundesregierung ermächtigt, Ziele, Einsatzorte und Zeit selbst zu bestimmen. Dieser Beschluß stellt einen Versuch der Bundesregierung dar, in Zukunft Außen- und Sicherheitspolitik einer demokratischen Kontrolle zu entziehen. Wir halten diesen Beschluß für einen historischen Fehler. Dieser Beschluß ist verfassungsrechtlich umstritten, weil der Krieg in Afghanistan völkerrechtlich mehr als zweifelhaft ist.

Der internationale Terrorismus ist ein Verbrechen, er kann daher nur mit polizeilichen und politischen Mitteln, die völkerrechtlich legitimiert sind, bekämpft werden. Der Krieg in Afghanistan ist jedoch nicht nur völkerrechtlich, sondern auch moralisch nicht vertretbar, er wird mit geächteten Streubomben geführt, er bewirkt, über das große menschliche Leid hinaus, noch mehr Haß und eine neue Spirale der Gewalt. Dieser Krieg liefert bei den Terroristen nachträglich eine moralische Rechtfertigung ihres kriminellen Handelns und begünstigt die Entstehung neuer Terroristengenerationen. Auch der Vormarsch der Nordallianz gegen die Taliban bedeutet für die afghanische Bevölkerung noch lange keinen Frieden. Vielmehr droht eine neue Etappe des innerafghanischen Bürgerkrieges und es ist völlig offen, ob diese Ereignisse zu einer menschlicheren und friedlicheren Perspektive führen.

Es ist offenkundig, daß zahlreiche Abgeordnete des deutschen Bundestages nicht aus Überzeugung für den "Bundeswehreinsatz" gestimmt haben. Dadurch spiegelt dieser Beschluß nicht die tatsächliche Meinung der Abgeordneten und der Bevölkerung wider.

Wir, die unten aufgeführten Mitglieder im Osnabrücker Friedensforum,

- lehnen einen Bundeswehr-Einsatz in und um Afghanistan entschieden ab und
- rufen alle Menschen dazu auf, die Kriegsgegnerinnen und Kriegsgegner überall in der Welt, auch in Amerika, sowie Kriegsdienstverweigerer und Deserteure zu unterstützen, und
- fordern dazu auf, daß die Bundesregierung, statt einer uneingeschränkten Solidarität zu den USA, alles daran setzt, damit die UNO sich zu einer globalen Organisation für Friedenssicherung entwickelt.

Unterzeichnergruppen:

Osnabrücker Friedensinitiative (OFRI); Aktionszentrum Dritte Welt;
Ärzte gegen den Atomkrieg (IPPNW) Osnabrück; Pax Christi (Bistum Osnabrück);
Kurdistan Kulturzentrum; terre des hommes (Arbeitsgruppe Osnabrück).